

PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 357 -

SITZUNG VOM

6. Juli 1992

PROTOKOLL

der 24. Sitzung
Doppelsitzung

Datum: Montag, 6. Juli 1992

Zeit: 18.00 Uhr bis 23.10 Uhr

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Ratspräsident David Häne

Protokoll: Roger Würsch

Anwesend: 33 Mitglieder
Peter Reinhard ab 18.45 Uhr

Abwesend: Rudolf Anliker (beruflich)
Antonia Banz (Ausland)
Anton Steiner ab 20.30 Uhr
Bruno Tenger (Unfall)



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 23. Sitzung vom 1. Juni 1992
3. Motion Christian Götz und Mitunterzeichnende, Stadtpark, Ueberweisung
4. Postulat Peter Reinhard, Nächtliches Dauerparkieren, Erlass einer Verordnung über das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund
5. Geschäftsbericht 1991
6. Nachtragskredite 1. Serie 1992
7. Bewilligung einer zweiten Zeichnerstelle für die Städtischen Werke
8. Krankenhaus Bassersdorf, Erdwärmenutzung, zusätzlicher Investitionskredit von Fr. 226'845.-- als Anteil der Stadt Opfikon
9. Kredit von Fr. 908'000.-- für die Sanierung der Frohdörflistrasse, Kanal- und Strassenerneuerung
10. Kredit von Fr. 1'218'000.-- für die Sanierung der Soldbachstrasse, Kanal- und Strassensanierung sowie Strassengestaltung



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

1. Mitteilungen**1.1 Begrüssung Andreas Denzler und Marc Schmid** V 4.3.1

Ratspräsident David Häne begrüsst Andreas Denzler (NIO), welcher neu für Oliver Gasche im Rat sitzt. Ebenfalls begrüsst er Marc Schmid (EVP) auf der Tribüne, welcher nach der Sitzung den Platz von Peter Reinhard einnimmt.

1.2 Aenderung der Traktandenliste V 4.3.2

Einem Antrag von Werner Ernst (FDP) das Traktandum 4 nach Traktandum 7 zu behandeln wird mit 20 : 10 Stimmen gutgeheissen.

Somit rutschen die Traktanden 5, 6 und 7 um einen Platz nach vorne. Das Traktandum 4 ist neu Traktandum 7.

1.3 Verabschiedung Oliver Gasche V 4.3.1

Ratspräsident David Häne verabschiedet Oliver Gasche (NIO) aus dem Rat. Oliver Gasche war nur zwei Jahre als Gemeinderat tätig. Er war im ersten Jahr als Vizepräsident im Büro tätig und hat dabei bei der Revision der Geschäftsordnung tatkräftig mitgearbeitet. Neben den Blumen und dem Zinnbecher erhält Oliver Gasche anstelle des Weins einen Bidon und einen isotonischen Durstlöcher.

Oliver Gasche bedankt sich für die Geschenke und erwähnt die mögliche berufliche Weiterbildung als Rücktrittsgrund. Die Arbeit im Rat hat ihm persönlich viel gebracht. Er bedankt sich für die Zusammenarbeit.

1.4 Ratsausflug V 4.3.2

Der Ratsausflug findet am Freitag, 18. September 1992 statt. Weitere Informationen und eine Einladung folgen. Bitte Datum reservieren.

1.5 Allgemein V 4.3.1

Folgende Unterlagen waren in der Aktenaufgabe einsehbar:

- Protokoll der 31. Bürositzung
- Geschäftskontrolle Gemeinderat
- Offene Geschäfte Gemeinderat
- Schreiben SPO, Behördenschiessen vom 26. September 1992
- Vorstand des Gesundheits- und Wirtschaftsamtes, Zürich
- Gebührenerhöhung Abfuhrwesen ab 1.1.93
- Stadtrat, Rücktritt Peter Reinhard, Ersatzwahl von Marc Schmid
- Schreiben GPK an Stadtrat (Sitzgelegenheiten S-Bahn-Station)
- Tiefbauamt des Kantons Zürich, N11.1.1 Flughafenautobahn, Ueberdeckung



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

2. Protokoll der 23. Sitzung vom 1. Juni 1992

Das vorliegende Protokoll wird genehmigt und verdankt.

3. Motion Christian Götz und Mitunterzeichnende, Stadtpark, Ueberweisung L 2.2.7

Christian Götz (NIO) teilt mit, dass im Juli 1992 18 Regentage vorhanden waren, das heisst, von den 125 Tagen, in welchen die Badiwiese geöffnet ist fallen wiederum mehrere Tage weg. Er hat an 11 Tagen Stichproben gemacht (vormittags, nachmittags und abends). Es waren jeweils keine Personen auf der Wiese anzutreffen. Dies zeigt auf, dass die Badiwiese eine schlecht genutzte Grünfläche in unserer Gemeinde darstellt. Die Attraktivität der Badanlage leidet nicht gross unter einem allfälligen Entzug der Wiese. Für die Umwandlung in einen Stadtpark müsste keine teure Luxuslösung angestrebt werden. Der Stadtpark würde dringend benötigtes neues Leben (als Begegnungszentrum) ins Zentrum um Opfikon bringen. Christian Götz bittet um Unterstützung seiner Motion.

Valentin Perego (FDP) erklärt, dass die FDP-Fraktion die Motion in keiner Art und Weise unterstützen kann. Er erwähnt als Gründe: Störender Fluglärm auch im Stadtpark; bereits vorhandene Freiflächen; Planung Oberhauserriet; SBB-Deckel, welcher auch nicht genutzt wird; Gefahr der Missnutzung; Abwertung des Freibades; bereits vorhandene Nutzungsmöglichkeit der Wiese ausserhalb der Badöffnungszeiten; Kosten; Beeinträchtigung Planung Stadthaus. Aus all diesen Gründen beantragt er Nichtüberweisung.

Charles Kulli (EVP) äussert sich für die EVP/LdU-Fraktion. Sie haben auch Mühe mit der Motion. Einem Postulat könnte zugestimmt werden. Die Wiese sollte im Sommer dem Bad nicht entzogen, jedoch im Winter besser genutzt werden.

Kurt Schwaighofer (CVP) erwähnt die bereits gemachten Vorstösse (für einen Stadtpark) seit 1978. Die CVP unterstützt die Motion. Es sollte jedoch die Möglichkeit bestehen, den Stadtpark auch von der anderen Glatzseite erreichen zu können. Daher ist er der Ansicht, dass der neue Badieneingang auf die andere Brückenseite verlegt werden müsste, damit über die Brücke ein Zugang rechts der Glatz geschaffen würde. Die CVP beantragt folgende Ergänzungen. ".... Der zukünftige Stadtpark ist mit dem Naherholungsgebiet links und rechts der Glatz zu verbinden und soll die geplante Erweiterung des Stadthauses miteinbeziehen. Der Eingang des Freibades ist zum nördlichen Brückenkopf der zum". Mit diesen Ergänzungen würde die CVP einer Ueberweisung zustimmen.

In der folgenden längeren Diskussion werden Pro und Contra nocheinmal umfassend aufgezählt. Der Stadtrat ist bereit, die Motion in Form eines Postulates entgegenzunehmen, da diese Form mit weniger Kosten und Aufwand mehr bringen würde.

Auf die Frage, ob bei Entgegennahme der Motion die halbe Million Franken ausgegeben sind (Werner Erni, FDP), antwortet Stadtrat Bruno Tantanini. Er informiert, dass das Geld noch nicht ausgegeben ist. Der Stadtrat hat die Aufgabe, ein betreffendes Projekt auszuarbeiten und dieses dem Gemeinderat vorzulegen. Dieser beschliesst dann die Realisierung.

Christian Götz ist mit den Aenderungsvorschlägen der CVP einverstanden. Er plädiert nocheinmal für die Motion.



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

Bei der Abstimmung zeigt sich eine Unsicherheit, ob die Motion auch durch den Rat in ein Postulat umgewandelt werden kann (Ansicht Stadtrat) oder nur durch den Motionär. Die anschliessende Diskussion zeigt keine Lösung dieser Frage auf.

Hans A. Kohler (FDP) stellt den Antrag, die Sachlage auf die nächste Sitzung abzuklären und die Abstimmung dann vorzunehmen.

Dieser Antrag wird mit 20 : 12 Stimmen gutgeheissen.

Ratspräsident David Häne erklärt, dass das Büro die Sachlage abklärt und schriftlich informiert.

4. Geschäftsbericht 1991

V 4.2

Eintretensdebatte:

Heinrich Schlatter, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, dankt allen, die zur Einhaltung des Zeitplanes beigetragen haben. Es wurden weniger Fragen als im Vorjahr gestellt. Das Jahr war durch die Anlässe zur CH 700-Feier geprägt. Heinrich Schlatter beantragt Eintreten auf den Geschäftsbericht.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen.

Detailberatung:

Die Seiten 1 bis 20 (Abstimmungen und Wahlen, Gemeinderat, Stadtrat (Gesamtbehörde)) werden ohne Diskussion genehmigt.

1. Präsidialabteilung (Seiten 21 - 38)

Heinrich Schlatter geht als Sprecher der GPK auf den Bericht der Präsidialabteilung ein. Er erwähnt noch einmal die Festanlässe 91. Zur "Zeitung in der Zeitung" sollte eine Standortbestimmung durchgeführt werden. Die GPK will sich noch dieses Jahr über die Personalsituation mit dem Stadtrat unterhalten.

Martin Zwyssig (SP) erkundigt sich, ob der Stadtrat schon die Anschaffung von Tintenstrahldruckern anstelle der Laserdrucker in Erwägung gezogen hat, da die Tintenstrahldrucker günstiger und umweltverträglicher sind.

Hans A. Kohler (FDP) erwähnt, dass ihm die neuen Stadtseiten im Stadt-Anzeiger nicht gefallen, und dass eine Standortbestimmung in dieser Sache wirklich nötig sei.

Valentin Perego (FDP) vermisst ein "Computer-Konzept", welches als Planungspapier für die nächsten Jahre beigezogen werden kann (Planung/Beschaffungsrichtlinien/Schulung).

Stadtratspräsident Jürg Leuenberger erwähnt zu den Computeringangelegenheiten, dass die Idee von Tintenstrahldruckern bisher noch nicht bedacht wurde. Dies soll nun jedoch abgeklärt werden. Ein Konzept für die Zukunft ist vorhanden. Die Situation um die Stadtseiten im Stadt-Anzeiger befriedigt den Stadtrat auch nicht vollumfänglich. Abklärungen mit dem Herausgeber sind



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

im Gange. Dieser rüstet im Augenblick auf Computer um, was zu Vereinfachungen führen sollte. Zudem wurden von und mit einem neutralen Büro weitere Verbesserungsvorschläge eingebracht, welche gegenwärtig umgesetzt werden. Die Präsidialabteilung wird jedoch weiterhin als Herausgeber der Stadtseiten erscheinen.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt. Der Rat stimmt dem Bericht der Präsidialabteilung ohne Gegenantrag zu.

2. Finanzabteilung (Seiten 39 - 46)

Nach den einleitenden Worten des GPK-Sprechers Fritz Schär werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt. Der Rat stimmt somit auch dem Bericht der Finanzabteilung ohne Gegenantrag zu.

3. Bauabteilung (Seiten 47 - 64)

Der Sprecher der GPK, Walter Epli, erwähnt, dass auch dieses Jahr über die Bauabteilung die meisten Fragen gestellt wurden. Die Fragen waren teilweise sehr kritisch. Es zeigt sich, dass diese Abteilung heikel zu führen ist. Walter Epli erwähnt speziell die Situationsanalyse, welche im Bauamt erstellt wurde. Die GPK erhielt nur in einen Teil dieser Analyse einsicht, der Rest wurde als "Geheim" bewertet und nicht abgegeben. Damit ist er nicht einverstanden. Walter Epli ist der Ansicht, dass die Personalwahl im Bauamt nicht sehr glücklich ist (neuer Inspektor Feuerpolizei). Im weiteren wurde festgestellt, dass sehr viel Geld für Planungen und Studien ausgegeben wird, und dass das Bauamt für diese Arbeiten offensichtlich einige wenige "Hoflieferanten" beauftragt. Die Verkehrsberuhigungen werden teilweise als nicht sehr glücklich bewertet. Einige Projekte sind im Vergleich mit dem Regierungsprogramm in Verzug (Radweg längs der Glatt, Autobahndeckel, Lärmschutzmassnahmen, Bahnhofgestaltung). Walter Epli dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen.

Stadtrat Bruno Tantanini erklärt, dass nur der persönliche Teil über die Angestellten zurückgehalten wurde. Der Rest wurde abgegeben. Konsequenzen aus dieser Analyse wurden bereits gezogen. Die Meinung, dass die Zusammenarbeit im Bauamt nicht klappt, wird von ihm nicht geteilt. Zu den Tempo-30-Bereichen wurde die Auflage gemacht, mit wenig Geld etwas zu unternehmen. Daher wurden Provisorien gebaut. Diese sollen jedoch jetzt eine Zeit lang eingesetzt werden. Je nach Erfahrungen kann dann Gutes übernommen und Schlechtes ersetzt werden.

Stadtpräsident Jürg Leuenberger wehrt sich gegen den Angriff auf städtisches Personal. Sollte jemand schlecht sein, gehört dies nicht in den Gemeinderat, sondern in das Personalbüro. Im weiteren weist er den Vorwurf von "Hoflieferanten" zurück. Die Stadt hat eine Submissionsverordnung, an die hält man sich. Zum Schluss gilt es zu sagen, dass persönliche Daten nicht in die Öffentlichkeit gehören, daher ist auch das Vorgehen bei der Situationsanalyse 100% in Ordnung.

Walter Epli stellt richtig, dass er von "Hoflieferanten" bei Ingenieuren und Architekturbüros gesprochen hat. Bei solchen Aufträgen wurden seines Wissens keine Submissionen durchgeführt.

Stadtrat Jacques Mettler bringt ein, dass z.B. bei der neuen Stadthausplanung auch für die Ingenieursarbeit eine Submission durchgeführt wurde.

Der Rat stimmt dem Bericht der Bauabteilung ohne Gegenantrag zu.



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

4. Werkabteilung (Seiten 65 - 80)

Hans Jörg Stahl orientiert über die Werkabteilung. Es wurden Bauabrechnungen in der Höhe von 4 Millionen Franken eingereicht. Es wurde weiterhin rege gebaut. Es existieren Rückstände im Zeichnerbereich (heute traktantiert). Der Energieabsatz ist weiterhin gestiegen (8.5%). Ebenfalls der Wasserkonsum (0.64%) und der Gasabsatz (erfreuliche 23%).

Charles Kulli (EVP) erkundigt sich nach dem Strassenschild, welches nach Unfall (Ersatz des Kandelabers wurde nötig) an der Gibeleichstrasse / Oberhauserstrasse nicht mehr aufgestellt wurde.

Werkvorstand Hans Rosenberger erklärt, dass man schon bei der Fragenbeantwortung in der GPK erwähnt hat, dass man wisse nicht, wo ein Schild fehle. Jetzt ist es bekannt wo und kann behoben werden.

Da auch hier keine weiteren Wortmeldungen und kein Gegenantrag vorliegen, ist auch der Bericht der Werke abgesetzt.

5. Liegenschaften-, Land und Forstwirtschaftsabteilung (Seiten 81 - 86)

Walter Berner geht als Sprecher der GPK auf den Geschäftsbericht der Liegenschaftenabteilung ein. Die wenigen Fragen zeugen von guter Arbeit. Er erwähnt einige Highlight's. Walter Berner dankt der Verwaltung und den Ressortvorständen.

Werner Erni erwähnt, dass die RPK die eingebaute Wasserenthärtungsanlage im Gibeleich streichen wollte, der Rat dies jedoch nicht genehmigte.

Der Bericht wird ohne Gegenantrag genehmigt.

6. Gesundheitsabteilung (Seiten 87 - 100)

Die Sprecherin der GPK, Ruth Aschwanden, erwähnt, dass die Zielsetzungen 1991 weitgehend erreicht wurden. Sie erwähnt verschiedene Aktivitäten (u.a. GA 91). Auch in der dezentralen Drogenhilfe (mit Verein "Am Schärmen") und in der Abfallbeseitigung (Gebührenreglement, Sackgebühr) lief einiges. Eine zentrale Sammelstelle wie in Kloten wäre wünschenswert.

Werner Brühlmann (FDP) erkundigt sich, wie gesammeltes Altpapier verwertet und entsorgt wird.

Stadtrat HansPeter Friess erklärt, dass mehrere Gemeinden einen langjährigen Vertrag mit einer Firma abgeschlossen haben. Das Opfiker Altpapier wird von der Firma Hügler in Dübendorf sortiert und entsorgt. Was genau mit dem Altpapier passiert, kann Stadtrat HansPeter Friess nicht beantworten.

Ohne weitere Fragen und Gegenantrag wird der Bericht genehmigt.

7. Polizei- und Wehrabteilung (Seiten 101 - 114)

Hans Jörg Stahl stellt fest, dass auch Opfikon vermehrt unter der steigenden Kriminalität leidet. Opfikon bewegt sich in Sachen Verbrechensstatistik im Kantonsschnitt. Der vierte Stadtpolizist hat die Polizei-RS abgeschlossen. Durch die Personalaufstockung vermehrt sich die Präsenz auf der Strasse.



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

Die Polizei hat auch im Berichtsjahr Aktionen für die Bevölkerung durchgeführt (Selbstverteidigungskurs, Infoabende). Die administrative Belastung für die Polizisten ist weiterhin sehr gross. Es sollten Möglichkeiten zur Entlastung geprüft werden. Die Feuerwehr hatte 153 Einsätze (Vorjahr: 118). Auch die Fehlalarme nahmen zu (62 gegenüber 27). Die Feuerwehr nimmt am Projekt "Feuerwehr 2000" teil. Obwohl die Möglichkeit besteht, sind noch keine Frauen im Feuerwehrdienst.

Auch dieser Bericht wird ohne weitere Fragen und Gegenantrag bewilligt.

8. Vormundschafts-, Fürsorge und Altersabteilung (Seiten 115 - 132)

Nach den Feststellungen der GPK-Sprecherin Christine Schärer (menschliche Schicksale, weniger Asylanten, mehr Arbeitslose, Wohnungsnot, gut laufendes Altersheim) wurden keine weiteren Wortmeldungen begehrt. Der Bericht ist somit ohne Gegenantrag genehmigt.

9. Jugend- und Sportabteilung (Seiten 133 - 138)

Heinrich Schlatter stellt fest, dass das Jugendhaus in ordentlichem Rahmen läuft (positives Auftreten der Jugend an 700-Jahr-CH-Fest). Attraktivitätssteigernde Massnahmen im Freibad wurden genehmigt. Auf der Sportanlage Au macht sich immer mehr der Mangel von Rasenflächen bemerkbar. Er dankt für die geleisteten Arbeiten.

Ohne weitere Wortmeldungen und Gegenantrag wird dieser Bericht genehmigt.

10. Schule (Seiten 141 - 160)

Christine Schärer erklärt, dass die Aufgaben der Schule weit über die reine Stoffvermittlung hinausgeht. So gibt es zum jetzigen Zeitpunkt 13 aktive Kommissionen. Im Berichtsjahr haben einige Erneuerungen die Arbeit mitbestimmt (koeduzierter Unterricht, 5-Tage-Woche, Kiffbericht, musikalische Früherziehung). Vermehrte pädagogische Sondermassnahmen (84) wurden vollzogen. Sie bedankt sich bei den Verantwortlichen für die geleisteten Arbeiten.

Auch dieser Abschnitt wird wie die anderen genehmigt.

11. Stadtmann- und Betreibungsamt, Friedensrichteramt (Seiten 161 - 166)

Walter Epli hat keine Kommentare anzubringen. Dieser Abschnitt wird ebenfalls genehmigt.

Damit ist der Geschäftsbericht durchberaten. Es folgt die Schlussabstimmung.

Der Geschäftsbericht der Stadt Opfikon für das Jahr 1991, ohne die Bürgerliche Abteilung, wird einstimmig genehmigt.

Ratspräsident David Häne bedankt sich für die speditive Erledigung des Geschäftes. Von 20.10 Uhr bis 20.30 Uhr findet eine Pause statt. Die Verpflegung erfolgt durch das Frauenpodium. Die Musikschule Opfikon unterhält mit einer Darbietung.



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

4. Geschäftsbericht 1991

V 4.2

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Beschluss des Stadtrates vom 10. März 1992 und den Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 18. Juni 1992 -

BESCHLIESST:

1. Der Geschäftsbericht der Stadt Opfikon für das Jahr 1991 wird, ohne die Bürgerliche Abteilung, genehmigt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Abteilungsleiter
 - Schule
 - Stadtammann- und Betreibungsamt
 - Friedensrichteramt
 - GPK
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

5. Nachtragskredite 1. Serie 1992

F 4.6.7

Ratspräsident David Häne schlägt vor, jedes Kreditbegehren einzeln zu behandeln und auch einzeln abzustimmen.

1. Strassenreinigungsmaschine

Markus Goetschi erläutert im Namen der RPK deren Antrag. Eine Rückweisung ist formell leider nicht möglich, daher der ablehnende Antrag. Gründe: Es sollte ein Pflichtenheft erstellt werden, welches für alle Seiten (Stadt und Private) dieselben Voraussetzungen/Berechnungsgrundlagen ergibt. Danach kann erst eine Offerte mit den städtischen Möglichkeiten verglichen werden. Sollte der Kostenunterschied nur unwesentlich sein, plädiert die RPK versuchsweise auf eine Privatvergabe.

Stadtrat Bruno Tantanini wehrt sich für die Strassenreinigungsmaschine. Da die alte Maschine ausgestiegen ist, musste eine neue Maschine mittels eines Miet-/Kaufvertrages angeschafft werden. Die etwas günstigere Offerte der Firma Hügli (Fr. 98.--/Std.) ist nicht vollständig (es fehlen: Anreise (ca. Fr. 12'000.--), Beaufsichtigung (ca. Fr. 3'000.--) und die jährliche Teuerung). In den stadteigenen Kosten von Fr. 105.--/Std. ist alles enthalten (inkl. Abschreibung, Reparaturen und Unterhalt der Maschine). Dazu kommt ein grosser Vorteil in der Verfügbarkeit der Maschine. Er ersucht um Bewilligung des Kredites.

In der folgenden Diskussion äussert sich Peter Reinhard (EVP) für und Werner Erni (FDP), Albert Steffen (SVP), Valentin Perego (FDP) gegen eine Kreditsprechung.

Markus Goetschi, RPK-Sprecher, zeigt nochmals die Fragezeichen der RPK auf, zu denen Stadtrat Bruno Tantanini nochmals Stellung nimmt.

In der Abstimmung wird das Kreditbegehren mit 26 : 6 Stimmen abgelehnt.

2. Schulwegsicherung Giebeleich-/Oberhauserstrasse

Auch bei diesem Geschäft äussert sich die RPK mit Kathrin Schmid als Sprecherin negativ über das Kreditbegehren. Die RPK ist nicht gegen eine Schulwegsicherung. An der Budgetsitzung wurde der Betrag gestrichen, mit der Auflage, einen überarbeiteten Vorschlag als Nachtragskredit vorzulegen. Nun wurde der gleiche Antrag eingereicht. Keine Anregungen und Wünsche sind eingeflossen. So ist auch das Problem Rampe-Bus nicht gelöst.

Charles Kulli begründet den RPK-Minderheitsantrag. Er ist für den Kredit. Auf der Oberhauserstrasse wird vor allem nachts gerast. Die Massnahmen unterstreichen den Tempo 50-Bereich. Er bittet um Zustimmung zum Schutze der Schüler.

Stadtrat Bruno Tantanini teilt mit, dass auch andere Lösungen geprüft wurden. Für eine Mittelinsel ist die Strasse zu schmal, daher ist dies nicht möglich, ohne dass privates Land beansprucht würde, was einer Verdoppelung der Kosten gleich käme.

Stadträtin Helen Kunz berichtet, dass der Bus mit einer flachen Rampe sehr wohl zurechtkommt (Kloten/Zürich). Eine Anrampung signalisiert für die Autofahrer den Schulbereich (siehe Mettlen). Oberhauser- und Giebeleichstrassen sind Quartier- und nicht Durchgangsstrassen. Auch sie bittet um Zustimmung zum Kredit.



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

Werner Erni (Präsident RPK) ist der Ansicht, dass für eine Mittellinseln kein privates Land benötigt wird, da das umgebende Land der Stadt gehört. Die Stadtpolizei Zürich hat klar zum Ausdruck gebracht, dass Mittellinseln den sichersten Schulwegübergang darstellen.

Christian Götz (NIO) erkundigt sich beim Stadtrat, was er unternimmt, um die Nutzen einer allfälligen Sicherung zu prüfen. Er fragt sich, ob auch schon die Aufstellung eines Radars als Abschreckung geprüft wurde. Die Stadt könnte doch einen mobilen Radar anschaffen.

Stadträtin Helen Kunz erklärt, dass jede Massnahme mit Erhebungen und Messungen vor- und nachher geprüft wird. Radaranlagen können nur mit Bewilligungen der Kantonspolizei aufgestellt werden.

In der folgenden Diskussion ergeben sich sowohl zustimmende (Peter Reinhard (EVP), Walter Berner (LdU), Franz Schneller (GV)) wie auch ablehnende Voten (Hans A. Kohler (FDP), Ernst Schmid (CVP)). Martin Zwysig ist sich unschlüssig. Er vergleicht mit Amerika, wo die Autofahrer viel vernünftiger mit ihren Fahrzeugen umgehen.

Christian Götz (NIO) stellt einen Ordnungsantrag, dass zur Abstimmung zu schreiten sei.

Dem Antrag wird mit grosser Mehrheit stattgegeben.

Das Kreditbegehren wird mit 18 : 14 Stimmen abgelehnt.

3. Schaffhauserstrasse, Gestaltung, Schmuckbeleuchtung

Ernst Schmid erläutert als Sprecher der RPK die Gründe, welche zu einem ablehnenden Beschluss führten. Der schon bewilligte Kredit soll zuerst ausgeschöpft und das Geplante gebaut werden. Die RPK ist zum heutigen Zeitpunkt gegen diesen Kredit.

Charles Kulli erkundigt sich beim Stadtrat nach den Anschlusspunkten für die geplanten Lampen. Sind diese schon vorhanden, oder muss der Boden schon wieder aufgerissen werden? Der Beleuchtung der Oberhauserstrasse sollte viel mehr Beachtung geschenkt werden (schlecht).

Stadtrat Bruno Tantanini erklärt, dass die Leitungen verlegt sind. Kleine Grabarbeiten sind jedoch trotzdem nötig. Die Schmuckbeleuchtung kommt dem einheimischen Gewerbe zugute, soll sie doch das Zentrum aufwerten. Ein Konzept ist vorhanden. Die Schmucklampen wurden jedoch zu niedrig budgetiert, daher dieser Nachtragskredit.

Stadtrat Hans Rosenberger berichtigt, dass die Leitung im Bereich der Bank installiert ist. Für die restlichen Leitungen müsste der Boden zuerst geöffnet werden.

Nach einer kürzeren Diskussion wird auch dieser Kredit mit 14 : 13 Stimmen abgelehnt.



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

4. Schaffhauserstrasse 90, Ausserordentlicher Unterhalt

Als Referent der RPK äussert sich Ernst Schmid positiv zu diesem Kreditbegehren. An der Schaffhauserstrasse 90 konnte ein guter Mieter gefunden werden. Die Ladeneinrichtung und Küche wurde zu klein für die Bedürfnisse. Der Mieter übernimmt auf eigene Kosten das Mobiliar, hingegen hat er für die festen Einrichtungen ein Uebernahmegesuch an die Stadt gestellt. Eine Mietzinsanpassung würde akzeptiert. Der Umbau hat bereits stattgefunden (Schönheitsfehler).

Stadtrat Jacques Mettler berichtet, dass der "Schönheitsfehler" keiner ist, da sich der Mieter bewusst ist, das die Stadt nur mit Zustimmung des Gemeinderates die Kosten übernimmt (eigenes Risiko).

Christian Götz (NIO) erkundigt sich nach der Amortisationszeit.

Stadtrat Jacques Mettler erklärt, dass ein Mietvertrag auf 10 Jahre abgeschlossen wurde. Die Investitionen können jedoch nicht über diese 10 Jahre abgeschrieben werden, da die unterschiedlichen Investitionen auch eine unterschiedliche Lebenszeit haben. Die Investitionen werden zu 7% verrechnet.

Kurt Schwaighofer (CVP) bestätigt, dass die Abschreibungszeiten von Lavabo, Lampen, Teppichen, Heizungen usw. ganz unterschiedlich sind.

Es wird kein Gegenantrag gestellt, somit ist dieses Kreditbegehren bewilligt.



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

5. Nachtragskredite 1. Serie 1992

F 4.6.7

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 10. März 1992 und der Rechnungsprüfungskommission vom 17. Juni Mai 1992 -

BESCHLIESST:

1. Folgender Nachtragskredit wird bewilligt:

Laufende Rechnung
- Liegenschaftenverwaltung Fr. 58'420.--

2. Folgende Nachtragskredite werden nicht bewilligt:

Investitionsrechnung
- Bauamt Fr. 292'450.--

3. Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Stadtrat
- Bauabteilung
- Liegenschaftenverwaltung
- Finanzverwaltung
- Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

6. Bewilligung einer zweiten Zeichnerstelle für die Städtischen Werke

P 1.9.4

Walter Epli berichtet als Sprecher der GPK, dass sich die GPK zu dieser Stellenbewilligung sehr skeptisch gestellt hat. Der Werkvorstand und der Abteilungsleiter konnten jedoch die Notwendigkeit dieser Stelle sehr überzeugend darlegen. Ein solcher Antrag hätte schon viel früher kommen sollen. Daher ist der Rückstand im Zeichnerbereich sehr gross, was zu Stress, Ueberzeit und Fehlern führt. Die Arbeit ist zum Teil wenig attraktiv. Die GPK ist der Ansicht, dass in den letzten Jahren viel zu wenig an private Büros vergeben wurde. Eine Vergabe hätte sowohl Vor- als auch Nachteile. Die GPK ist der Ansicht, dass in Zukunft vermehrt Neukonzeptionen und Neuprojektierungen auswärts vergeben werden sollten und dafür der Verwaltungs- und Archivierungsbereich von den Werken übernommen und aufgearbeitet werden muss. Die GPK bittet um Zustimmung zu dieser Stellenbewilligung. Im weiteren regt die GPK an, den Ersatz des Abteilungsleiters längerfristig zu planen, da dieser Ersatz sehr schwierig werden wird.

Es gibt keine weiteren Wortbegehren und keinen Gegenantrag, somit wird dieser Stellenbewilligung zugestimmt.



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

6. Bewilligung einer zweiten Zeichnerstelle für die Städtischen Werke

P 1.9.4

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 17. Dezember 1991 sowie in Anwendung von § 51, Ziffer 12 der Gemeindeordnung und den Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 11. Juni 1992 -

BESCHLIESST:

1. Für die Städtischen Werke wird eine zweite Zeichnerstelle bewilligt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Werkkommission
 - Werkvorstand
 - Finanzverwaltung
 - Städtische Werke
 - Personalbeauftragter
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

7. **Postulat Peter Reinhard, Nächtliches Dauerparkieren, Erlass einer Verordnung über das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund** P 2.9.3

Ratspräsident David Häne weist auf ein Missverständnis zwischen GPK und Stadtrat hin: Der Stadtrat ist mit den beantragten Aenderungen der GPK nicht einverstanden und hält an seinem Antrag fest.

Eintretensdebatte

Als Sprecher der GPK-Mehrheit begründet Hans Jörg Stahl den GPK-Antrag. Es gibt sowohl Nachteile (Kosten) wie Vorteile (Einnahmen). Diese Verordnung animiert zum vermehrten Parkieren auf privatem Grund. Eine 50%-Stelle für die administrativen Arbeiten müsste geschaffen werden. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte von dieser Stelle auch eine zusätzliche, administrative Entlastung der Polizisten übernommen werden. Vorgesehen sind ca. 20 nächtliche Kontrollen durch eine private Firma. Die GPK ist der Ansicht, dass die Gebühr durch den Gemeinderat erhoben und festgesetzt wird (nicht Stadtrat). Mit den Ansätzen ist die GPK einverstanden und bittet um Unterstützung des Mehrheitsantrages.

Fritz Schär vertritt den GPK-Minderheitsantrag. Der Aufwand für diese Gebühr ist zu gross und verursacht zusätzliche Emissionen. Die Einnahmen sind vermutlich wesentlich geringer als angenommen. In Opfikon-Glattbrugg herrscht eine grosse Fluktuation, welche die Erhebung sehr erschwert. Es existiert auch kein Notstand, welcher die Einführung einer solchen Verordnung rechtfertigt. Er bittet um Ablehnung dieses Antrages.

Stadträtin Helen Kunz begründet den stadträtlichen Antrag. Diese Gebühren treffen nicht alle und sind deshalb durch den Stadtrat zu erheben und festzulegen. Dadurch kann auch die Referendumpflicht, welche die ganze Angelegenheit komplizierter macht, umgangen werden. Bei Stadtratkompetenz ist die Erhebung und Aenderung ein einfacheres Prozedere (Rekursmöglichkeit beim Bezirksrat). Sie bittet um Zustimmung zum Stadtratsantrag. Die 50%-Stelle ist provisorisch, da sie nur einer Schätzung entspricht. Die nächtlichen Kontrollen haben auch einen positiven Aspekt (zusätzliche Kontrollfahrt durch die Gemeindestrassen). Da diverse Quartiere von Fahrzeugen geradezu überflutet werden, kann sehr wohl von einem Notstand gesprochen werden. Die Anregung von Walter Berner, die Firma mit tragbaren Computern auszurüsten und die Nummern direkt einzulesen, kann noch geprüft werden. Die Lichtverhältnisse in der Nacht dürften dies jedoch erschweren.

Peter Reinhard (EVP) erklärt, dass er über den Stadtratsantrag erfreut sei. Dieser entspricht seinem Postulat. Die Administration ist vertretbar und die Gebühren angepasst. Die Verordnung ist auch richtig im Sinne der Rechtsgleichheit (private Mieter, Benützer öffentlichen Grundes). Die Gebühren sind auch nicht preistreibend, da sie niedriger sind, als ein gemieteter Parkplatz kostet. Einer Abschreibung seines Postulates kann er zustimmen.

In der Folge entwickelt sich eine ausführliche, lange Diskussion in der sich vorallem die Gegner (Kurt Schwaighofer (CVP), Markus Goetschi (SVP), Werner Brühlmann (FDP) Valentin Perego (FDP), Werner Erni (FDP)) zu Worte melden. Felix Widmer (GV) äussert sich im positiven Sinne, während Maya Rüegg (SP) einen Rückweisungsantrag stellt, da der Stadtrat die Einführung einer Gebühr über die blaue Karte (Blaue Zone) abklären/vornehmen soll.



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

Eine Gebührenerhebung über die blaue Karte (Blaue Zone) ist nach Ansicht von Stadträtin Helen Kunz nicht möglich, da die Blaue Zone nur für Quartiere gedacht ist und auch erst in zwei Quartieren eingeführt wurde.

Nach langer Diskussion stellt Christian Götz (NIO) einen Ordnungsantrag, dass zur Abstimmung zu schreiten sei.

Der Ordnungsantrag wird mit grosser Mehrheit angenommen.

Die Abstimmung um Eintreten ergibt folgendes Resultat:

für Rückweisung:	4 Stimmen
für Eintreten:	17 Stimmen
für Nichteintreten:	11 Stimmen

Eintreten ist somit beschlossen.

Detailberatung

Zu folgenden Artikeln gibt es Abstimmungen / Bemerkungen:

Art. 5.

Der Antrag des Stadtrates obliegt mehrheitlich (23) dem Antrag der GPK.

Art. 6.

Werner Brühlmann (FDP) stellt Antrag zur folgenden Formulierung: "Wer sich gemäss Art. 10 über einen privaten Parkplatz ausgewiesen hat und trotzdem nachts regelmässig auf öffentlichem Grund parkiert, bedarf einer behördlichen Bewilligung gemäss Art. 1."

Der Stadtrat ist mit dieser Formulierung einverstanden.

Diesem Antrag wird mehrheitlich stattgegeben.

Art. 7

Der Antrag des Stadtrates obliegt mehrheitlich dem Antrag der GPK.

Art. 8

Werner Brühlmann (FDP) stellt Antrag zur folgenden Ergänzung: "Wird ein Fahrzeug während mindestens einem Monat nicht auf öffentlichem Grund parkiert, so werden auf vorgängiges Gesuch bereits entrichtete Gebühren gutgeschrieben oder nötigenfalls zurückerstattet. Dabei fallen nur volle Kalendermonate in Betracht."

Der Stadtrat ist mit dieser Formulierung einverstanden.

Diesem Antrag wird mehrheitlich stattgegeben.



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

Art. 10

Die Frage, ob Neuzuzüger bei Ihrer Anmeldung auf diese Verordnung aufmerksam gemacht werden, wird von Stadträtin Helen Kunz mit ja beantwortet (Aushändigen eines Formulares).

In der Schlussabstimmung wird die geänderte Verordnung mit 16 : 15 Stimmen gutgeheissen.

Die Traktanden 8 (Krankenheim Bassersdorf), 9 (Sanierung Frohdörflistrasse) und 10 (Sanierung Soldbachstrasse) werden auf die nächste Gemeinderatssitzung vertagt.



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

7. Postulat Peter Reinhard, Nächtliches Dauerparkieren, Erlass einer Verordnung über das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund P 2.9.3
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf § 49/3 der Gemeindeordnung sowie auf Antrag des Stadtrates vom 28. Januar 1992 und den Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 10. Mai 1992 -

BESCHLIESST:

1. Die Verordnung über das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund wird - mit den beschlossenen Änderungen - genehmigt.
 2. Die Polizeiabteilung wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.
 3. Das Postulat von Peter Reinhard und Mitunterzeichnenden betreffend das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund wird als erledigt abgeschlossen.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
- Stadtrat
 - Polizeivorstand
 - Finanzvorstand
 - Polizeisekretär
 - Finanzverwaltung
 - Stadtpolizei



SITZUNG VOM

6. Juli 1992

8. Verabschiedung Peter Reinhard

V 4.3.1

Ratspräsident David Häne verabschiedet Peter Reinhard (EVP), welcher nach 18 Jahren Ratstätigkeit aus dem Rat austritt. David Häne würdigt Peter Reinhard als "Alter Fuchs", welcher während diesen 18 Jahren im Schnitt mehr als einen Vorstoss pro Jahr vorgenommen hat. Im weiteren war er in der GPK und in mehreren Spezialkommissionen tätig. Im Amtsjahr 1983/84 war er zudem Ratspräsident. David Häne ist der Ansicht, dass die Routine von Peter Reinhard in Zukunft im Rat fehlen wird. Der Ratspräsident wünscht dem Verabschiedeten viel Glück an seinem neuen Wohnort und auch im Kantonsrat, falls er dort nachrutscher wird. David Häne überreicht die Geschenke (Blumen, Wein, Wappenscheibe, Zinnbecher).

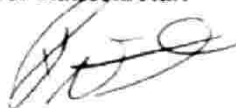
Peter Reinhard bedankt sich für die Geschenke. Er betont, dass er gerne im Rat mitgearbeitet hat. Es ergaben sich viele persönliche Kontakte und viele sachliche Diskussionen. Er bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und hofft auf eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Gemeinderat und dem Stadtrat.

Unter grossem Applaus verlässt Peter Reinhard die Opfiker Polit-Bühne.

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. David Häne macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, 8180 Bülach.

Opfikon, 10. Juli 1992

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:

R. Würsch



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 377 -

SITZUNG VOM

6. Juli 1992

Protokoll geprüft:

Datum:

Der Präsident:


.....

10.7.92

Der 1. Vizepräsident:


.....

10.7.92

Der 2. Vizepräsident:


.....

10.7.92

C:\OPPROT24

